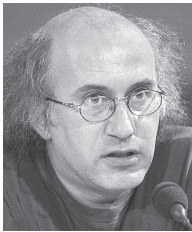


Die ungleichzeitige Wirklichkeit

Eine Besichtigung der deutschen Gesellschaft im Jahr 2005

von Franz Walter

Über Deutschlands Malaise, wie sie die hiesigen Meinungseliten seit Jahren beschreiben, herrscht Konsens: Der überzogene Sozialstaat, überbordende Bürokratie, Besitzstandswahrung, Lähmung, Überalterung machen das Land zum Verlierer der Globalisierung. Aber daneben existieren auch andere „Wirklichkeiten“. Hoffnungen auf Wunderheilung durch eine neue Regierung dürften sich als Trugschluss erweisen.



Prof. Dr. FRANZ WALTER, geb. 1956, lehrt Parteienforschung an der Universität Göttingen. Zuletzt erschien von ihm „Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie. Von Adenauer bis Schröder“.

Die Deutschen tun sich schwer mit der Realität. Sie sind, wir wissen es aus der Geschichte, unverbesserliche Romantiker, lieben die Innerlichkeit, schwelgen in Sentimentalitäten, brauchen Wald, Spaziergänge und Gemütlichkeit, sind misstrauisch gegen die große Welt da draußen. Insofern, belastet mit diesem Gepäck einer schwerfälligen Nationalkultur, hielten die Deutschen auch mit den neuen Realitäten der letzten 15 bis 20 Jahre nicht recht mit, mit den Prozessen der Entgrenzung, der Globalisierung, der Deregulierung von überkommenen Strukturen. Das jedenfalls ist der Topos in der Interpretation deutscher Meinungs- und Wirtschaftseliten. Ein unverdrossener Schrittmacher in dieser Sache war während all der Jahre Meinhard Miegel, der unablässig der verträumten und verwöhnten deutschen Nation den Spiegel der harten „Wirklichkeit“ – wie er sie sah – entgegenhielt.¹

„Wirklichkeit“ – das ist der ungemein legitimitätsstiftende Kampfbegriff der Neuliberalen in der deutschen Gesellschaft. Denn wer sich auf die „Wirklichkeit“ beruft, reklamiert für sich die unleugbaren Fakten, die unstrittige Empirie, ja: die absolute Wahrheit. Selber ist man nüchterner Realist, der andere aber – der die „Wirklichkeit“ partout nicht sehen will – lebt in einer Welt von Illusionen und Verdrängungen. Die „Wirklichkeit“ hat etwas Gebieterisches; sie erheischt folgsame Anerkennung, nicht Diskussion oder Erörterung. Der „Wirklichkeit“ muss man sich fügen, ihrer inneren Logik ist kompromisslos zu folgen. Sie setzt die Gegebenheiten, sie ist alternativlos und dadurch vernünftig, ja: zwingend. Die „Wirklichkeit“ war und ist, kurzum, die stärkste diskursive Waffe neoliberaler Reformer in dieser Welt, um eine Realität zu desavouieren, die ihnen nicht gefällt und um eine „Zukunft“ zu formen, die sodann als einzig wirklich und damit absolut gesetzt wird.

Die neoliberalen Reformer haben ihre „Wirklichkeit“ hinlänglich häufig beschrieben.² Schon seit Jahren ist diese „Wirklichkeit“ in die immer gleich klingenden Leitartikel auch der entlegendsten Provinzzeitungen hineingedrungen. Besonders komplex ist diese Beschreibung der „Wirklichkeit“ nicht: Die Deutschen leben seit Jahren über ihre Verhältnisse; ihr Sozialstaat hat Kreativität, Eigenverantwortung, die Freiheit insgesamt erstickt, zumindest eingengt. Eine überbordende etatistische Bürokratie vereitelt Selbstinitiative und Unternehmensgeist. Die Gewerkschaften haben ihre Kartellmacht dazu

¹ Als ein Beispiel das Interview von Tina Kaiser mit Miegel: *Welt am Sonntag*, 28.8.2005.

² Beispielhaft: Hans Werner Sinn: *Ist Deutschland noch zu retten?*, Berlin 2004.

missbraucht, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Standorts zu unterminieren, zumal weit überhöhte Löhne das Wettbewerbspotenzial deutscher Arbeitnehmer auf dem globalen Arbeitsmarkt nachgerade zerstört haben. Das Land wird zu alt; die Energien sind erlahmt; notwendige Veränderungen finden nicht mehr statt. Zusammen: Deutschland ist krank; nur schmerzhaftes Einschnitte können die Republik noch aus Erstarrung, Verschuldung, wohlfahrtsstaatlicher Besitzstandshybris herauslösen.³

Zuständig für den Rest

Nach dem Ausgang der Bundestagswahl ist wahrscheinlich, dass zumindest eine der Parteien des so genannten bürgerlichen Lagers die eben beschriebene Wirklichkeitsauffassung politisch explizit in der neuen Regierung repräsentieren wird. Da sich im Grunde auch Rot-Grün dieser „Wirklichkeit“ in den letzten zweieinhalb Jahren mit Riesenschritten angenähert hat, könnte jetzt eine neue Periode beginnen, da das Votum der Wähler, die Vorstellung der Politik und die Erfordernisse der „Wirklichkeit“ in Deutschland trefflich koinzidieren.

Die kühnsten Träume von den Möglichkeiten staatlicher Steuerung durchlebte die Republik 1967/68.

Doch dürfte dies ein Trugschluss sein. Zwar periodisieren die Historiker gern gesellschaftliche Entwicklungsschübe nach den Daten von Regierungswechseln. Doch zumindest in Deutschland haben neue Regierungen keineswegs neue soziale oder gesellschaftliche Qualitäten eingeleitet, wie es durchweg der Anspruch der politischen Akteure war, sondern sie haben längst vorangegangene, weit fortgeschrittene gesellschaftliche Prozesse lediglich zum Abschluss gebracht.

Auch die Kultur des Sozialliberalismus, als Replik auf den eher patriarchalischen Konservatismus der Adenauer-Ära, begann bereits irgendwo in den frühen sechziger Jahren, nach der Entstehung einer neuen liberal-akademischen Öffentlichkeit im Zuge der „Spiegel-Affäre“. Die leidenschaftlichen Diskussionen um Bildung als Bürgerrecht, um Chancengleichheit und Reformuniversitäten fanden 1965/66 statt. Das faktische Ende der Hallstein-Doktrin kam 1967. Die kühnsten Träume von den Möglichkeiten rationaler staatlicher Steuerung durchlebte die Republik in den Jahren 1967/68. Als Kanzler ritt Willy Brandt gleichsam diese Welle, die schon vor ihm entfacht worden war und in den frühen siebziger Jahren bereits abebbte. Der Zauber all der damaligen Wirklichkeitsbegriffe, wie Emanzipation, Demokratisierung und Partizipation, verflieg im frühen Stadium der sozial-liberalen Ära.

Und so brach sich die geistig-moralische Wende schon neun Jahre vor der Kanzlerschaft Helmut Kohls, noch in der Regierungszeit Willy Brandts, wichtig Bahn. 1973 war das Jahr der Tendenzwende. Neokonservative Denker fanden nun auch im zuvor sozial-liberal gewendeten Bürgertum Gehör und Zustimmung. Der zweite sozialdemokratische Kanzler setzte auf die primären Sicherheitsfunktionen des Staates, auf einen Kanon von Berechenbarkeit, Solidarität und Stabilität. Als Helmut Kohl in das Kanzleramt einzog, war das politisch-kulturelle Fundament dafür längst schon seit Jahren gelegt. In seiner Kanzlerschaft erweiterte es sich indessen keineswegs. Gerade die frühen Jahre

³ Besonders markant auch Hans Jörg Hennecke: Von der „Agenda 2010“ zur „Agenda Merkel“?, *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 32–33/2005, S. 16 ff.

der Ära Kohl zeichneten sich kulturell vielmehr durch eine Dominanz rot-grüner Einstellung in den meinungsprägenden Schichten aus. Das waren die Jahre der Gleichstellungsbeauftragten, Fahrradwege, multikulturellen Stadtteilfeste und Friedenskundgebungen. Als dann die Politiker von Rot-Grün 1998, erkennbar verspätet zudem, die Regierungsmacht übernahmen, war die ursprüngliche rot-grüne Frühlingsstimmung der achtziger Jahre längst schon passé, beziehungsweise: gesellschaftlich so weit diffundiert und etabliert, dass sich der Charme des Neuen mittlerweile trivialisiert, veralltäglicht hatte. Neue Koalitionen also leiten keine neuen gesellschaftlichen Strömungen ein; sie exekutieren gewissermaßen lediglich den übrig gebliebenen Rest einer sozial-kulturell längst schon abgeschlossenen Zeit. Sie bekommen es dann rasch und in der Regel unvorbereitet mit einer neuen „Wirklichkeit“ zu tun.

Ebenso dürfte es auch in den nächsten zwei Jahren kommen. Die neue Koalition wird im Wesentlichen vollenden, was längst schon begonnen und weit vorangetrieben wurde. Die Politik der neuen „Wirklichkeit“ wurzelt somit in

Als Rot-Grün 1998 antrat, war die rot-grüne Frühlingsstimmung längst passé.

einer Entwicklung, die schon jetzt nahe vor dem Abschluss steht. Die prinzipielle Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist wie kürzlich der *Economist* pointiert darlegte, längst hergestellt.⁴ Die Lohnkosten in Deutschland sind im EU-Vergleich außerordentlich lang-

sam gestiegen, genauer: um weniger als die Hälfte des OECD-Durchschnitts. Die Gewerkschaften haben in Tarifaueinandersetzungen große Zurückhaltung bewiesen. Verlorene Arbeitstage durch Streiks gab es kaum, erheblich weniger jedenfalls als in den USA oder in Großbritannien.⁵ Die Arbeitskosten sind in den letzten Jahren drastisch gesunken, auch hier: stärker als in den angelsächsischen Ländern. Die Großunternehmen finden in der deutschen Sozialordnung flexible Voraussetzungen vor. Der Flächentarifvertrag hat in weiten Bereichen seine Verbindlichkeit eingebüßt. Vor hohen Steuern müssen sich große Unternehmen in Deutschland ebenfalls nicht fürchten. Von allen knapp 30 OECD-Ländern bezieht der deutsche Fiskus relativ die niedrigsten Einnahmen aus Unternehmenssteuern für Kapitalgesellschaften.⁶

Überhaupt ist der deutsche Sozialstaat seit den siebziger Jahren keineswegs expansiv in die Breite gegangen. In der sozialen Sicherung ist der bundesdeutsche Sozialstaat gemessen an anderen EU-Ländern gar in das untere Mittelfeld abgerutscht; die Kosten, die in Deutschland kollektiv für Rente und Gesundheit aufgebracht werden, liegen unterhalb des EU-Mittels.⁷ In den letzten Jahren ist in den Bereichen der Alters- und Krankenversicherung einiges reformiert worden. Grundlegend dereguliert wurde in den neunziger Jahren der Telekommunikations- und Energiemarkt. Privatisierungen gingen damit einher, während zugleich der Anteil der staatlich Bediensteten Jahr für Jahr um etwa ein Prozent schrumpfte. Von einer massiven Bürokratisierung der Republik kann also ernsthaft nicht die Rede sein; die Restriktionen und staatlichen Einhegungen der Marktgesellschaft sind im Gegenteil erheblich zurückgenommen worden; etliche Steuerreformen der letzten 20 Jahre

⁴ Germany's economy – ready to motor?, *The Economist*, 20.8.2005, S. 54–56.

⁵ Thomas Fricke: Marktwirtschaft, wir lieben dich, *Financial Times Deutschland*, 22.4.2005; ders.: Modernisierer in Erklärungsnot, ebd., 29.4.2005.

⁶ Gerd Grözinger: Merkels Mantra, Clements Credo, *taz*, 10.3.2005.

⁷ Stefan Hradil: *Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2004.

haben das unternehmerische Kapital von der Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben weitgehend dispensiert. Das Ziel einer umfassenden Daseinsfürsorge und Lebensstandssicherung durch sozialstaatliche Strukturen ist durchweg fallengelassen worden. Geblieben sind allerdings die Probleme, die aus dem nahezu unverantwortlichen Management der deutschen Vereinigung herrühren.⁸ Seither tätigt der Westen Deutschlands vor allem über die Sozialkassen jährliche Transfers in der Größe des Bruttoinlandsprodukts von Tschechien und Ungarn. Diese Transfers, die im Wesentlichen in die Konsumtion fließen, reißen Jahr für Jahr Lücken und Löcher in die eigentlich fälligen Infrastruktur-, Bildungs- und Integrationsinvestitionen. Und dennoch liegt der Westen Deutschlands nach wie vor ökonomisch im höheren Mittelfeld der modernen Volkswirtschaften.

Im Grunde also müssten die Apologeten einer neuen „Wirklichkeit“ mit den deutschen Realitäten des Jahres 2005 im Großen und Ganzen recht zufrieden sein. Einige der überfälligen Deregulierungsreformen, die sie noch vermischen, werden in den nächsten zwei bis drei Jahren gewiss noch realisiert werden. Und dann müsste die deutsche Wirklichkeit eigentlich im hellen Licht erscheinen, dann dürfte es für die in den letzten Jahren gern gebrauchten Krankheits- und Patientenmetaphern im Prinzip keinen Anlass mehr geben.

Wie wirklich ist die Wirklichkeit?

Doch wird es so schön und harmonisch nicht kommen. Denn die Wirklichkeit der einen ist nicht die Wirklichkeit der anderen. Was die einen begeistert, werden die anderen beklagen. Denn natürlich leben wir nicht in einer sozial und normativ unstrittigen „Realität“. „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“, gab Paul Watzlawick schon 1976 einem seiner Bücher als Titel. Und in seiner Schrift geißelt er die Auffassung, dass es nur eine Wirklichkeit geben könne, als die gefährlichste aller Selbsttäuschungen. Unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Lebensgeschichten nehmen Wirklichkeit different wahr.⁹ Wirklichkeit wird subjektiv gedeutet, durch Kommunikation und Normen konstruiert und durch die Filter handfester Interessen zu einem Machtfaktor gerade in demokratischen Gesellschaften. Wer die Hegemonie über die Interpretation von „Wirklichkeit“ innehat, besitzt unzweifelhaft einen Vorsprung im politischen Wettbewerb.¹⁰

Die Deregulierung von Märkten, die Entstrukturierung von Institutionen, der Verzicht auf Steuerungskompetenzen des Staates – all das war nie ungebrochen Folge von ökonomischen Handlungszwängen. All dies war Konsequenz von politischer bzw. wirtschaftswissenschaftlicher Deutungsmacht, von Einflüssen und Einflüsterungen gut vernetzter Thinktanks, natürlich auch von medialen Meinungsführern. Das Paradigma des staatsentzogenen ökonomischen Liberalismus war dominant in den 1850er bis 1870er, von den 1890er bis 1910er Jahren; es war gerade auch bei bürgerlichen Eliten nahezu

Die Apologeten der neuen „Wirklichkeit“ müssten mit den deutschen Realitäten von 2005 recht zufrieden sein.

⁸ Heiner Gassmann: 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – ein deutscher Sonderweg, *Leviathan*, Heft 2, 2004, S. 164 ff.

⁹ Hans-Joachim Strauch: Wie wirklich sehen wir die Wirklichkeit?, *Juristenzeitung*, Heft 21, 2000, S. 1020 ff.

¹⁰ Peter Bleses und Martin Seeleib-Kaiser: *The Dual Transformation of the Welfare State*, Basingstoke/UK 2004.

diskreditiert von den späten 1920er bis späten 1940er Jahren und gewann, von den angelsächsischen Ländern ausgehend, einen neuerlichen Deutungs- vortprung vor allen Regulationskonzepten seit den 1980er Jahren.¹¹ Ausschließen also lässt sich nicht, dass es künftig auch wieder einen anderen Zyklus, einen neuen Paradigmenwechsel geben mag. Das ließe sich dann ebenfalls streng ökonomisch begründen. Die Einseitigkeit der Wirklichkeitsdeutung führt letztlich zu einer Überproduktion von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen, die an anderen Stellen eklatante Mängel hervorbringen. Eben dies mag im Gegenzug neue, alternative Nachfragen stimulieren. Doch ganz sicher ist das nicht, denn die andere Wirklichkeit zeichnet sich gerade – nicht zuletzt aufgrund des Siegeszugs der neoliberalen „Wirklichkeit“ – durch einen Mangel an Organisation, Vernetzung, Ressourcen, durch ein Defizit an Artikulations- und Handlungsfähigkeit aus.

Winner und Loser

Die erste „Wirklichkeit“ der Wissensgesellschaft eröffnet unzweifelhaft zahlreiche neue Chancen, aufregende Perspektiven, erlebnisreiche Räume, Optionen – für diejenigen, die über Bildung, Wissen, Kompetenz, Kontakte verfügen. Zwar hat die Destrukturierung von konventionellen Erwerbsbiographien auch die Berufsaussichten von Akademikern instabiler gemacht, zwar leidet auch die „Generation Praktikum“ derzeit an den Unwägbarkeiten des Übergangs von der Universität in eine fest kalkulierbare Anstellung, doch insgesamt sind diejenigen mit akademischem Zertifikat die großen Gewinner der deregulierten Gesellschaft. Wissen, so bilanzieren es etliche soziologische Befunde, vertieft die Polarisierung in der Gesellschaft.¹²

Und Polarisierung ist überhaupt der Begriff, mit dem man in den nächsten Jahrzehnten die postindustrielle Gesellschaft beschreiben wird. In der spätindustriellen Gesellschaft hatten die Polaritäten noch deutlich abgenommen. Die Schichten nivellierten sich zwar nicht, aber die Spannung zwischen ihnen wurde sozialstaatlich eingeeht, die großen Differenzen wurden gemildert, Ungleichheiten stärker reduziert. Doch nun kehren die klassischen Ungleichheitsmerkmale, nämlich Bildung und Herkunft, signifikant zurück.¹³ Die binnenzentrierten Sozialhomogenitäten und Abschließungstendenzen nehmen wieder erheblich zu, während über Jahrzehnte Öffnung und Durchlässigkeit gewachsen waren. Die Deutschen verlieben sich wieder innerhalb der eigenen Sozialschicht, sie heiraten klassenintern und sie wohnen sozial gleichsam mit sich selbst zusammen. Noch berühren sich in Deutschland die städtischen Viertel unterschiedlicher soziokultureller Struktur, aber die Einwohnerschaften zwischen ihnen mischen sich kaum noch. Die Segregation des urbanen Raumes schreitet massiv voran.¹⁴ In einigen Stadtquartieren

Seit den achtziger Jahren hat sich eine enorme Wohlstands- und Erlebniskluft herausgebildet.

¹¹ Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf: Politische Steuerung – Heute?, *Zeitschrift für Soziologie*, Heft 3, 2005, S. 236 ff.

¹² Peter A. Berger und Dirk Konietzka (Hrsg.): *Die Erwerbsgesellschaft. Neue Ungleichheiten und Unsicherheiten*, Opladen 2001.

¹³ Bettina Isengard: Freizeitverhalten als Ausdruck sozialer Ungleichheiten oder Ergebnis individualisierter Lebensführung?, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 2, 2005, S. 254 ff.

¹⁴ Michael Haus: Zivilgesellschaft und soziales Kapital im städtischen Raum, *APuZ*, März 2005, S. 25 ff.

wächst der Wohlstand, nehmen Lebens- und Freizeitqualität zu, während andere Stadtteile verwahrlosen, abrutschen und vergammeln.

Die Republik birgt, was schon überwunden zu sein schien: die Gleichzeitigkeit des Ungleichen, eine höchst brisante Spannung also für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Der fühl- und sichtbare Gegensatz von Winnern und Losern ist im Deutschland des Jahres 2005 jedenfalls größer und elementarer als im Jahr 1995 oder 1985 oder 1975 oder 1965. Die einen kaufen bei Aldi, die anderen im italienischen Feinkostgeschäft. Die einen betrinken sich mit Hansa-Pils, die anderen entspannen sich bei einem Gläschen Brunello. Die einen nächtigen in noblen Fünf-Sterne-Hotels rund um den Globus, die anderen machen es sich notgedrungen auf dem eigenen Balkon gemütlich.

Schreibt man dies alles auf, dann spürt man etwas unbehaglich, wie klicheuisiert dergleichen klingt. Doch dann schaut man noch einmal in die Erhebungen von Jugendforschungsinstituten und bekommt prägnant zu lesen, dass Kinder aus den niedrigen Schichten der deutschen Bevölkerung faktisch über keinerlei Erfahrungen mit Ausflügen, Reisen, Radtouren verfügen.¹⁵ Ihre gleichartigen Kohortenzugehörigen aus den bürgerlichen Quartieren haben dagegen die Welt schon weitläufig gesehen, haben Sprachkurse im Ausland absolviert, Schüleraustauschprogramme mit den USA mitgemacht und dergleichen mehr. Erreicht der nächste ökonomische Aufschwungszyklus auch die deutsche Volkswirtschaft, dann wird diese enorme Wohlstands- und Erlebniskluft, die sich seit den achtziger Jahren gesellschaftlich sukzessive herausgebildet hat, noch eklatanter deutlich. Das erfolgreiche wissensgesellschaftliche Bürgertum, das sich in der wirtschaftlichen Depression der letzten Jahre konsumtiv verhältnismäßig zurückgehalten hat, wird seine Wohlstandsmehrung dann wohl selbstbewusst in der Öffentlichkeit inszenieren. Die Bildungsarmen hingegen werden in dieser Situation ihre Devianz, ihre Randständigkeit, ihren Status als Entbehrliche und Überflüssige noch weit bitterer empfinden.

So könnte man also die zweite Wirklichkeit in diesem Land beschreiben. Natürlich hat die erste, die neoliberalen „Wirklichkeit“, die zweite, die sozialbeschädigte „Wirklichkeit“, mitgeformt. Die Antisozialstaatlichkeit der neoliberalen Wirklichkeitsinterpretation hat nach zwei Jahrzehnten der diskursiven Hegemonie nicht nur zu einer in Teilen fraglos wünschenswerten Deregulierung von verknöcherten Bürokratien und zu einem löblichen Anstieg selbstverantwortlicher Individualität geführt, sondern auch zu einer Durchlöcherung sozialstaatlicher Normen und zu einer Destruktion klassenintegrierender, Kohäsion stiftender Institutionen.

Die neuen zivilgesellschaftlichen Selbstorganisationen sind demgegenüber weit mehr gruppenbezogen, mittelschichtlastig; sie greifen nicht nach unten, verschränken die heterogenen Gruppen nicht mehr in vertikaler Dimension, wie es die alte Sozialstaatlichkeit noch als zentrale Maxime verfolgte. Insofern führt die neoliberale „Wirklichkeit“ nicht nur zur befreienden Individualität, sondern – je weiter gesellschaftlich nach unten reichend, desto stärker – auch zu einer negativen Individualisierung. Im „neuen Unten“ bleiben die

Die klassischen Ungleichheitsmerkmale kehren signifikant zurück.

¹⁵ Siehe die Dokumentation des Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts, *Frankfurter Rundschau*, 13.5.2005.

Einzelnen für sich, netzwerkunfähig, handlungsgehemmt und ungehört.¹⁶ Sie stören dadurch die Gesellschaft nicht mehr, befruchten sie aber auch nicht, wie einst die sozialistisch-proletarischen Gegenkulturen.

Die neue „Wirklichkeit“ ist tribalistischer als die alte wohlfahrtsstaatliche Vergangenheit. Die Brücken zwischen den Gruppen sind brüchiger, die Dialoge von oben nach unten verdünnen sich. So hat es jedenfalls Richard Sennett beobachtet, der konstatiert, dass die Führungsspitzen großer Konzerne kaum noch Rücksicht auf das mittlere Management nehmen, dass auch in der Politik die Regierungschefs zunehmend mehr Entscheidungen ohne Konsultation mit ihrem Kabinett treffen. Folgt man Sennett, dann geht der Trend keineswegs zu

Im „neuen Unten“ bleiben die Einzelnen für sich, netzwerkunfähig, ungehört.

flacheren Hierarchien, sondern zu einer massiven Zentralisation von Entscheidungen und Macht. Das erscheint nicht unplausibel, da in Zeiten der dynamischen Beschleunigung von Informationsvermittlung, Datenübertragung, Finanztransfers etc. Zeit für ausführliche Diskussionen

gar nicht bleibt. Eben das macht die neuliberale Interpretationsvariante von „Wirklichkeit“ so wichtig für die Handlungslegitimation der Globalisierungseliten. Denn in ihrer „Wirklichkeit“ ist nicht nur keine Zeit für Diskurs von Entscheidungen, sondern es gibt auch keinen Bedarf danach, da es sich dabei lediglich um den Vollzug von ökonomischen Sachzwängen, Notwendigkeiten, Alternativlosigkeiten handelt.

Man muss angesichts dieser Entwicklung natürlich nicht so weit gehen wie Richard Sennett, der von einer „weichen Spielart des Faschismus“ spricht.¹⁷ Auch muss man nicht Noam Chomsky folgen, der eine „moderne Form des Totalitarismus“ zu erkennen meint.¹⁸ Ebenfalls braucht man sich nicht uneingeschränkt an die Seite von Frithjof Bergmann stellen, der den Begriff der „Tyrannei“ verwendet.¹⁹ Aber mit Ralf Dahrendorf den „Diebstahl von Teilhaberechten“²⁰ beklagen oder mit Peter Graf Kielmannsegg sich über den „schwerwiegenden Substanzverlust des demokratischen Modus des Regierens“²¹ zu sorgen, dafür allerdings gibt es in der neuliberalen „Wirklichkeit“ Deutschlands und dieser Welt wohl doch einigen Anlass.

Gelassenheit, Empathie, Muße

Insofern macht es Sinn, eine weitere „Wirklichkeit“ zu konstruieren. Diese „Wirklichkeit“ ist gewiss nicht Gegenstand der gegenwärtigen Bundesregierung. Aber sie könnte zum Thema der nächsten Jahrzehnte werden und sich ab 2009 eine politische Koalition suchen. Nach 200 Jahren Erfahrung mit der kapitalistischen Produktionsweise wissen wir, wie mächtig deren Trieb zur Selbstbeschädigung, zur Zerstörung der eigenen Voraussetzung ist, wenn nicht starke Gegenkräfte im sozialen System oder in Gestalt eines steuerungsfähigen Staates diese Tendenz zur Autodestruktion konterkarieren. Will der Kapitalismus überleben, soll es weiterhin intakte Märkte, funktionierenden Wettbewerb geben, dann werden die modernen Gesellschaften den Primat des Politischen,

¹⁶ Martin Kronauer: „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, *Leviathan* Heft 1, 1997, S. 28 ff.

¹⁷ Vgl. das Interview mit Richard Sennett, *Die Ost-West-Wochenzeitung*, 12.8.2005.

¹⁸ Vgl. das Interview mit Noam Chomsky, *Die Ost-West-Wochenzeitung*, 1.7.2005.

¹⁹ Frithjof Bergmann: *Neue Arbeit – Neue Kultur*, Freiamt im Schwarzwald 2004.

²⁰ Ralf Dahrendorf: Die liberale Ordnung, *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 6.4.2002.

²¹ Peter Graf Kielmannsegg: Strukturen der Ungleichheit, *FAZ*, 8.12.2004.

den Vorrang des Bürgers vor dem Konsumenten zurückerobern müssen, dann werden sie ordentlich ausgestattete, verlässlich funktionierende Bürokratien brauchen, werden Institutionen zu reetablieren haben, die der Parzellierung der Gesellschaft entgegenwirken und die verbliebenen integrativen Fäden wieder fester miteinander verweben. Denn setzt sich die institutionelle Entleerung der Gesellschaft fort, dann fehlen die Puffer zwischen den Gruppen, dann prallen die Konfliktlager unmittelbar aufeinander, dann werden auch Proteste elementarer, weniger domestiziert, gewalttätiger ausbrechen.

Doch steht in der anderen „Wirklichkeit“ nicht nur eine Reinstitutionalisierung an, sondern auch die Restrukturierung von Normen, Werten und Zielen. Nichts hat zu einer solchen Verunsicherung auch in der politischen Kultur der deutschen Republik während der letzten Jahre geführt wie der ersatzlose Verschleiß von Normen. Die Depression und Furchtsamkeit, die zuletzt so auffällig die kollektive Mentalität in diesem Land bestimmten, hat ebenfalls mit dieser Normenerosion zu tun. Wo Ziellosigkeit herrscht, wo das Wertesystem inkonsistent geworden ist, dort ist die Handlungsfähigkeit der Menschen (übrigens auch der Parteien) gehemmt, ist der übervorsichtige Konformismus allgegenwärtig, ist ängstlicher Pessimismus der vorherrschende Zug der Zeit.²²

Dabei können sich Normen und Ziele nicht weiterhin in ökonomischer Effizienz erschöpfen. Aus der neuen Glücksforschung wissen wir, wie denkbar unglücklich gerade Menschen sind, die ständig in Kategorien der optionalen Renditeverbesserung denken, wie sehr sie auch unter den permanenten Mobilitätsimperativen leiden.²³ Die obsessive Erwerbsarbeitsbesessenheit nahezu aller politischen Parteien führt ebenfalls nicht weiter.

Nicht Arbeit gleich welcher Art stiftet Zufriedenheit, sondern Tätigkeit, sinnvolle, oft auch zuwendende Tätigkeit.²⁴ Tätigkeit dieser Art wird es in der ergrauernden deutschen Gesellschaft auf ominöser Ein-Euro-Grundlage in opulenter Fülle geben. Doch sind die Konstruktionen der Wirklichkeit einer solchen neuen Tätigkeitsgesellschaft nicht sonderlich weit fortgeschritten. Diese „Wirklichkeit“ müssen sich die Deutschen in den nächsten Jahren noch selbst erschaffen. Sie können sich dabei diesmal keine Anleihen von Holländern oder Dänen besorgen, können keine finnischen Modelle übernehmen, weder die Angelsachsen nachahmen noch von den Schweden abkupfern.

In ergrauernden Gesellschaften verfügen etliche Menschen über Muße, über soziale und emotionale Intelligenz, über Gelassenheit, auch über einen Vorrat an reifer Empathie. Solche Gesellschaften können nicht vorwärtsstürmend produktivistisch sein, aber sie sind eben auch nicht militant bellizistisch oder ideologisch doktrinär. Insofern mag es ja sein, dass das Bild der neuen „Wirklichkeit“ in dieser nicht mehr ganz so jungen Republik am Ende doch gar nicht so schlecht gerät. Aber zugegeben, das ist jetzt ganz und gar utopisch.

Nichts hat hierzulande zu einer solchen Verunsicherung geführt wie der ersatzlose Verschleiß von Normen.

²² Sigrid Roßteuscher: Von Realisten und Konformisten – Wider die Theorie der Wertsynthese, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Heft 3, 2004, S. 407 ff.

²³ Richard Layard: *Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt 2005.

²⁴ Aristoteles: Hauptwerke, ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von Wilhelm Nestle, Stuttgart 1977, S. 215.